Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3140

30. 08. 79

Sachgebiet 221

Antrag

der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Lenzer, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Pfeffermann, Frau Dr. Walz, Sauter (Epfendorf), Dr. Laufs und der Fraktion der CDU/CSU

Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Grundlagenforschung ist langfristig die allgemeine Quelle neuer Erkenntnisse; ihre Förderung soll die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt sichern und das Fundament für anwendungsorientierte Forschung und technologische Entwicklung schaffen. Sie trägt in starkem Maß die Weiterentwicklung unserer wissenschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Grundlagen. Grundlagenforschung ist Voraussetzung für die rechtzeitige Entdeckung neuer Arbeitsgebiete; sie ist die Basis, auf der sich unsere wissenschaftliche und technologische Zukunft gründet.

Wichtigste Daueraufgabe staatlicher Forschungsförderung ist daher die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Förderung der Grundlagenforschung. Die Forschungspolitik der letzten zehn Jahre hat die Grundlagenforschung zugunsten unmittelbar anwendungsbezogener Forschungsgebiete vernachlässigt. Freiheit der Forschung und Selbstorganisation der Wissenschaft ist übergeordnetes Prinzip.

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den Bundesländern Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Lage der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Dabei soll berücksichtigt werden:

1. Allgemeine langfristige Perspektiven

Grundlagenforschung fordert in besonderem Maße Autonomie der Wissenschaft. Deshalb soll die Selbstverwaltung der Wissenschaft im Bereich der Grundlagenforschung ausgebaut und gestärkt werden. Die institutionelle Förderung außeruniversitärer Forschung soll ausgebaut werden. Aus Gründen der Kontinuität ist eine Abkehr von der direkten Projektförderung durch

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

den Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) und die Verstärkung der Mittel der Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft erforderlich. Staatliches Handeln soll sich auf das Notwendige beschränken und für Wissenschaft und Forschung Kontinuität und einen langfristig gesicherten Rahmen in einem forschungsfreundlichen Klima schaffen.

Projektförderung der Grundlagenforschung mit längeren Zeitzielen soll sich beschränken vor allem auf Explorationsgebiete und auf Bedarf, der sich aus der anwendungsbezogenen Forschung für bestimmte Gebiete der Grundlagenforschung ergibt.

Aus dem Wissen über Möglichkeiten und Grenzen der Planung der Grundlagenforschung ergibt sich die unverzichtbare Forderung nach der Freiheit der Wissenschaft, selbst gestellte Fragen ohne Auflagen und Vorgaben zu untersuchen. Projektsuche und Projektbeendigung sowie Gründung und die ebenso selbstverständlich notwendige Schließung von Instituten oder Forschungsschwerpunkten sollen möglichst autonom aus der Verantwortung und Selbststeuerung der Wissenschaft erfolgen.

2. Finanzielle Entwicklung

2.1 Die Träger der Grundlagenforschung, insbesondere Deutsche Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft einerseits und die öffentlichen Finanzträger andererseits, stellen einen mittelfristigen eigenständigen Finanzrahmen auf. Dieser Rahmen soll entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung eine fünf Haushaltsjahre umfassende Sachplanung und eine kontinuierliche Entwicklung der Sach- und Investitionsmittel sowie der Stellenpläne ermöglichen. Auch für neu zu beginnende Großvorhaben der Grundlagenforschung sind angemessene Mittel vorzusehen (Erneuerungsrate).

2.2 Die Personalentwicklung in der Grundlagenforschung ist in der Vergangenheit weitgehend von der Gesamtentwicklung der Forschung abgekoppelt worden. Dies hat in wichtigen Bereichen zu einer personellen Stagnation in der Grundlagenforschung geführt. Auch in der Grundlagenforschung muß die Zahl der Forscher angemessen wachsen.

2.3 Die direkte Projektförderung des Staates im Bereich der Grundlagenforschung soll zugunsten der Verwendung dieser Mittel in der institutionellen Förderung reduziert werden.

2.4 Sonderfinanzierungen des Bundes sollen auch künftig möglich sein und flexibel gehandhabt werden.

2.5 Einrichtungen der Grundlagenforschung sollen künftig über die Erträge ihres privaten Vermögens, das sie aus Spenden, Nachlässen und dgl. erworben haben, im Rahmen ihrer Satzungszwecke frei verfügen dürfen, d. h. ohne Gefahr einer Zuwendungsminderung. Insbesondere sollten sie insoweit vom Besserstellungsverbot von Wissenschaftlern gegenüber sonstigen vergleichbaren Angehörigen des öffentlichen Dienstes befreit sein.

3. Randbedingungen für den Personalbereich

3.1 Das Instrument der Vergabe von mittelfristigen Zeitverträgen an Wissenschaftler soll zu Lasten eines starren Systems lebenslanger Positionen ausgebaut werden.

3.2 Es sollen in der Grundlagenforschung Anreize und Arbeitsbedingungen so geschaffen werden, daß sie an Anziehungskraft für junge Wissenschaftler gewinnt, und diese noch mehr als bisher ihre berufliche Laufbahn in der Grundlagenforschung beginnen.

3.3 Die Heranbildung eines hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses soll besonders intensiv gefördert werden.

3.4 Grundlagenforschung ist international orientiert. Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit soll bestehende freundschaftliche Beziehungen vertiefen. Langfristig eröffnet sich die Chance, politische, ideologische und kulturelle Differenzen auszugleichen.

Dies hat eine Bedeutung, die über die beträchtlichen Vorteile der gemeinsamen Entwicklung von Ideen und der Teilung von Arbeit und Kosten hinausgehen. Daher ist der Auslandsaufenthalt insbesondere für junge Wissenschaftler zu stimulieren. Nach ihrer Rückkehr muß ihre Wiedereingliederung in deutsche Forschungseinrichtungen ohne Laufbahnnachteile gewährleistet werden.

3.5 Es sollen darüber hinaus bei Universitäten, der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft Möglichkeiten geschaffen werden, an besonderen langfristigen Aufgaben beteiligten Forschern grundsätzliche Förderungszusagen über längere Zeiträume zu geben.

3.6 Die personelle Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung ist mit Nachdruck zu fördern. Für Wissenschaftler, die sich neuen Aufgaben, z. B. in Wirtschaft oder Verwaltung zuwenden wollen, sind Perspektiven und Einstiegmöglichkeiten zu eröffnen, die für sie einen Übergang aus der Forschung heraus in diese neuen Tätigkeitsfelder akzeptabel machen.

3.7 Auch in der Wirtschaft hat die Grundlagenforschung ihren sinnvollen und notwendigen Platz; sie kann und muß dort gestärkt werden durch Ausbau der indirekten (steuerlichen) Förderung zu Lasten der direkten Projektförderung.

4. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die heutige Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses und die derzeitigen Berufsaussichten für angehende Hochschullehrer garantieren nicht, daß in Zukunft den Hochschulen für Forschung und Lehre ein qualitativ ausreichendes Angebot an jungen Wissenschaftlern zur Verfügung steht. Vielmehr ist die Gefahr gegeben, daß hervorragende Kräfte abwandern.

Eine derartige Entwicklung würde mittelfristig zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Qualität von Forschung und Lehre führen. Besonders bedrohlich würde die Situation in den 90er Jahren, wenn auf Grund der heutigen Altersstruktur des wissenschaftlichen Personals in relativ kurzer Zeit ein erheblicher Teil der Hochschullehrer in den Ruhestand tritt.

Qualität von Forschung und Lehre kann nur gesichert werden, wenn allein die wissenschaftliche Qualifikation der Bewerber ausschlaggebend für die Auswahl ist.

5. Aufbau einer wissenschaftlichen Elite

Aufbau einer Elite und Ausbau der Spitzenforschung ist in den meisten Bereichen der Grundlagenforschung notwendig und darum zielstrebig voranzutreiben. In den Universitäten wird auch zukünftig die Qualität der Grundlagenforschung stetig angehoben werden.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft die Aufgabe, wissenschaftliche Vorhaben in der Breite zu fördern. Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich in Schwerpunkten auf die Naturwissenschaften konzentriert. Der Wissenschaftsrat ist eine Institution der Wissenschaftspolitik. Auch in diesen Bereichen ist eine weitere systematische Förderung der Elite notwendig.

Es sollte aber darüber hinaus geprüft werden, ob die in der Konferenz der Akademien der Wissenschaften zusammengeschlossenen fünf Akademien als Forum der wissenschaftlichen Elite in der Bundesrepublik Deutschland ausgebaut und stärker als bisher gefördert werden können.

Neben der Vergabe von Mitgliedschaften und der Verleihung von Auszeichnungen könnten die Akademien den Spitzenforschern als Forum dienen und dabei dem interdisziplinären Austausch einer geistigen Elite neue Anreize für herausragende wissenschaftliche Leistungen geben. Die Akademie müßte in der Lage sein, besondere Leistungen, frei von bürokratischen Auflagen und Beschränkungen, auch materiell zu fördern.

6. Forderungen

Die entscheidende Bedeutung der Grundlagenforschung für die Entfaltung und Leistungskraft der Forschung im allgemeinen, für die Zukunft unseres Volks und seines Beitrags zur Zusammenarbeit zwischen den Völkern erfordert, daß

- die besten Kräfte des wissenschaftlichen Nachwuchses an die Grundlagenforschung herangeführt werden,
- internationale Verbindungen geknüpft und ausgebaut werden,
- die Finanzierung der Grundlagenforschung langfristig ausreichend und verläßlich gesichert wird,
- die Selbststeuerungskräfte der Wissenschaft nicht durch staatliche Bürokratien dort geschwächt werden, wo staatliches Handeln nicht erforderlich ist,

— die Forschungsförderung entbürokratisiert wird, denn Bürokratisierung behindert Kreativität, bindet zu viel Kräfte und privilegiert die Großorganisationen,

— Spitzenleistungen in der Grundlagenforschung stimuliert, besonders gefördert und honoriert werden.

Bonn, den 30. August 1979

Dr. Riesenhuber
Lenzer
Dr. Probst
Pfeifer
Benz
Engelsberger
Gerstein
Dr. Hubrig
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Dr. Stavenhagen
Pfeffermann
Frau Dr. Walz
Sauter (Epfendorf)
Dr. Laufs
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

1. Bedeutung der Grundlagenforschung

Forschungsförderung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von hohem Rang. Wichtigste Daueraufgabe staatlicher Forschungsförderung ist die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Förderung der Grundlagenforschung.

Das Konzept der Bundesregierung, Forschungspolitik als dienender Teil der aktuellen Gesellschaftspolitik einzusetzen, hat sich als schädlich erwiesen. Schädlich ist das Diktat der „gesellschaftlichen Relevanz" als Kriterium der Prioritätenfindung. Nach dem in den letzten zehn Jahren vorrangig betriebenen Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur muß jetzt wieder der personale Aspekt der Wissenschaftsförderung in den Vordergrund gerückt werden.

Die Grundlagenforschung ist Voraussetzung für die rechtzeitige Entdeckung neuer Arbeitsgebiete. Sie ist über ihre praktische Notwendigkeit hinaus jedoch eine intellektuelle Herausforderung.

Grundlagenforschung erwächst auch aus dem Bedürfnis nach einem stets prinzipiellerem Verständnis der Natur, dem Willen

zu einer stets einfacheren Ordnung komplexer und noch nicht verstandener Zusammenhänge und aus einem ganz ursprünglichen Drang von Neugier, Entdeckungsfreude und Schönheitsempfinden, wenn etwa mathematische Strukturen die Wirklichkeit überprüfbar abbilden.

Diese Impulse sind konstitutiv für jede Grundlagenforschung. Sie sind nicht quantifizierbar und nicht planbar. Daraus ergibt sich gerade in der Grundlagenforschung die unverzichtbare Forderung nach der Freiheit der Wissenschaft, selbst gestellte Fragen ohne außenwissenschaftliche Vorgaben zu untersuchen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß der Fortschritt in der Technologie vom Fortschritt in der Theorie abhängt, daß äußerst abstrakte Forschungen zu sehr konkreten Ergebnissen führen können und daß das Gedeihen der Wissenschaften von der Leidenschaft der Wissenschaftler abhängt, grundlegende wissenschaftliche Fragen aufzuspüren und zu beantworten.

Die Förderung der Wissenschaft war von je her gleichbedeutend auch mit der Förderung einer geistig-wissenschaftlichen Elite. Dieser Aspekt der Wissenschaftsförderung ist in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund getreten. Die Forschungspolitik wurde immer eindeutiger zum bloßen Instrument von Gesellschaftspolitik gemacht.

Gefördert wurden Institutionen und „relvante Vorhaben". Maßgeblich dafür war einerseits die ideologische Diskriminierung des Elitegedankens zugunsten der Vorstellung einer demokratisierten Wissenschaft. Andererseits gab es aber auch eine ganze Reihe praktischer Gründe: Die zahlenmäßige Vermehrung des wissenschaftlichen Personals, vor allem im Hochschulbereich, die Spezialisierung innerhalb der Wissenschaft, der Trend zur organisierten Großforschung und zur Projektforschung im Team.

Es ist deshalb an der Zeit, neben dem breiten Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur verstärkt auch wieder den personalen Aspekt zu betonen und die herausragende wissenschaftliche Leistung besonders zu fördern.

Auch heute noch sind die entscheidenden Impulse für den Fortschritt der Wissenschaft in erster Linie von den herausragenden Leistungen einzelner Persönlichkeiten zu erwarten. Und auch heute noch kann ein sachverständiges Urteil über die Qualität wissenschaftlicher Leistung nur im Konsens einer wissenschaftlichen Elite gefunden werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wäre hierzu eine geeignete Institution noch festzulegen. Ob sich dafür die bereits bestehenden, in einer Konferenz zusammengeschlossenen fünf Akademien in der Bundesrepublik Deutschland eignen, muß geprüft werden. Vorrangig ist, daß die Förderung der wissenschaftlichen Elite von einer Institution wahrgenommen wird, die sich dieser Aufgabe zentral und unbelastet durch bürokratische Richtlinien und Schematismen widmen kann. Wichtig ist, daß diese Institution von der wissenschaftlichen Elite als ihr Forum angenommen wird.

2. Lage der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Mit Besorgnis ist festzustellen, daß der Zuwachs der Mittel für Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland stagniert. Der Max-Planck-Gesellschaft wurden seit Anfang der siebziger Jahre nur wenige neue Stellen bewilligt. Neue Forschungsgebiete sind in begrenztem Umfang dadurch aufgegriffen worden, daß bestehende Institute geschlossen wurden. So sehr es richtig ist, daß zu jeder Forschung auch die Beendigung alter Projekte gehört, sei es wegen eines gewissen Abschlusses der Arbeiten, sei es, daß der Arbeitsbereich sich als unergiebig herausgestellt hat, so sehr ist es gefährlich, auf einen realen Mittelzuwachs zu verzichten. Denn nicht nur die Zahl der Arbeitsgebiete – selbstverständlich auch außerhalb der naturwissenschaftlichen Forschung – nimmt zu, auch die Anstrengungen für jeden weiteren wissenschaftlichen Fortschritt wachsen, so daß eine Stagnation des wissenschaftlichen Potentials einer Schrumpfung des Forschungsergebnisses entspricht.

Diese Stagnation hat auch ihre Ursachen in einer unsicher gewordenen Haltung der Gesellschaft zu Forschung und Technologie insgesamt.

Die Forschungspolitik der Bundesregierung ist geprägt von der Suche nach raschen Lösungen, Forschungsarbeiten, die eine rasche Amortisation versprechen, werden reich dotiert, während man es zuläßt, daß die Förderung der Grundlagenforschung ins Hintertreffen gerät.

Der Staat hat weitgehend den Anspruch erhoben und durchgesetzt, die Akzente in der Forschung setzen zu wollen, eine Aufgabe, die durch die autonomen Selbstorganisationskräfte der Wissenschaft besser gelöst werden könnte.

Hierdurch wird die Zukunft unseres wissenschaftlichen und technologischen Potentials aufs Spiel gesetzt. Eine Umkehrung die ses gefährlichen und kurzsichtigen Trends ist dringend notwendig.

Insgesamt fehlt es der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland weniger an einer genügenden finanziellen Ausstattung als vielmehr an Umfeld und Klima, das zu international beachteten Leistungen stimuliert.

3. Personelle Situation der Grundlagenforschung

Mit Sorge muß gefragt werden, ob schöpferische junge Wissenschaftler heute ausreichende Chancen finden, originäre Beiträge zur Weiterentwicklung der Wissenschaften in ihren Tätigkeitsgebieten zu leisten. Es besteht die wachsende Schwierigkeit, wissenschaftlichen Nachwuchs an die Grundlagenforschung heranzuführen. An den Universitäten sind Planstellen auf Jahrzehnte besetzt. Auch im außeruniversitären Bereich stagniert die Stellenentwicklung.

Forschung muß aber insgesamt ihre Anziehungskraft für die besten und talentiertesten Wissenschaftler behalten

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die im Heisenberg-Programm angebotenen Stellen nur in sehr begrenztem Umfang neue Möglichkeiten für junge Wissenschaftler eröffnen können. Und zugleich nimmt die gerade in der Grundlagenforschung sehr wesentliche Verbindung mit dem Ausland dadurch ab, daß die Bereitschaft zum Auslandsstudium oder zu einem Post-Graduate-Auslandsaufenthalt sinkt, da die jungen Wissenschaftler auch nicht in annähernd ausreichendem Maß Berufswege angeboten bekommen, in denen dieser Auslandsaufenthalt förderlich ist.

Diesen Gefahren kann nur begegnet werden

— einerseits durch eine flexible Stellenpolitik im universitären und im außeruniversitären Bereich, die auch jungen Wissenschaftlern angemessene berufliche Perspektiven eröffnet.

— andererseits durch angemessene berufliche Perspektiven für Wissenschaftler, die den Übergang aus der aktiven Forschung an den Universitäten und hochschulfreien Forschungseinrichtungen zur Wirtschaft und Verwaltung suchen, wo sie ihre speziellen Kenntnisse und Erfahrungen zur Bewältigung anderer Aufgaben einsetzen können.

Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen die Überleitung wissenschaftlicher Fachkräfte in andere Bereiche stärker als bisher als ihre Aufgabe betrachten („Forschermarkt"), um damit für Wissenschaftler entsprechend ihren Interessen, Fähigkeiten und Neigungen weitere Berufswege zu eröffnen.

Eine enge fachliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Wissenschafts-Organisationen der Forschung und Wirtschaftsunternehmen und -verbänden, die sich mit der Grundlagenforschung befassen, würde derartige Übergänge wesentlich erleichtern und darüber hinaus der angewandten Forschung und technologischen Innovation dienen.

4. Finanzielle Situation der Grundlagenforschung

Die Grundlagenforschung muß auch künftig einen gebührenden Platz im Forschungsbudget der Bundesrepublik Deutschland einnehmen. Dieser Platz ist jedoch in Gefahr. Die Forschungsausgaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sind zwar für 1979 mit 14 Prozent stärker als die Gesamtausgaben des Bundeshaushalts (8,5 Prozent) gestiegen, jedoch begünstigt dieser überproportionale Zuwachs beim BMFT vor allem die direkte Projektförderung, deren Anteil am BMFT-Haushalt von 49 Prozent (1978) auf 53,7 Prozent (1979) angestiegen ist. Dagegen ging der Anteil der institutionellen Förderung von Forschungseinrichtungen von 37 Prozent auf 34,3 Prozent zurück. Dieser institutionell geförderte Bereich beinhaltet auch die Aufwendungen für die Grundlagenforschung, die 1979 nur noch einen Anteil von 26,7 Prozent am BMFT-Haushalt erreichen. Die Förderung der Grundlagenforschung zeigt auch in der mittelfristigen Finanzplanung des BMFT weiterhin den so bedenklich starken Abwärtstrend: Von 30,5 Prozent im Jahre 1975 sinkt der Anteil am BMFT-Haushalt ständig weiter ab, bis

auf 24,4 Prozent in 1982 (ohne Berücksichtigung des in seinem Wert für die Grundlagenforschung sehr umstrittenen Spacelab).

Es muß also davon ausgegangen werden, daß der quantitative Anteil der Grundlagenforschung an der allgemeinen Forschungsförderung nicht mehr ausreichend ist. Die zunehmende Ausweitung der direkten Projektförderung entzieht der Grundlagenforschung Mittel, obwohl vermehrte Grundlagenforschung notwendig wäre.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft können sich wegen der allzu geringen Zuwächse in ihrer Arbeit nicht optimal entfalten, da sie in realen Werten einer stagnierenden, wenn nicht rückläufigen Entwicklung unterworfen sind. Trotz nominal stark steigender laufender Ausgaben, insbesondere bei Personal- und Sachkosten, bleiben nicht genügend Mittel für Investitionen und den notwendigen Personalzuwachs. Institute der Max-Planck-Gesellschaft weisen im Verhältnis zu Instituten – etwa der Großforschungseinrichtungen oder der bundes- bzw. landeseigenen kleineren Forschungseinrichtungen – geringere reale Zuwachsraten auf. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft steht vor dem schwierigen Problem, einer ständig zunehmenden Zahl von qualifizierten Antragstellern keine Forschungsmittel zur Verfügung stellen zu können. Bei noch höheren Ablehnungsquoten wäre eine sinnvolle Steuerung der Grundlagenforschung nicht möglich. Die Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland wachsen stark im Bereich der Lehre, jedoch wachsen die Mittel für die Hochschulforschung nicht entsprechend.

5. Rolle des Staates bei der Förderung der Grundlagenforschung

Aufgabe des Staates ist es, die Kontinuität der Grundlagenforschung zu gewährleisten, durch Festsetzung der Mittel den Gesamtumfang der Forschungsförderung und damit auch die Zahl der Forscher zu bestimmen, und eine mittel- und langfristige Planung der Grundlagenforschung zu ermöglichen. Dabei soll die Planung die Voraussetzung für die Entscheidungen, nicht die Entscheidungen selbst liefern.

Aufgabe des Staates ist es nicht, Inhalte im einzelnen festzulegen; insbesondere darf der Bund nicht für sich in Anspruch nehmen, durch seine Forschungsbürokratie Ziele oder Prioritäten zu formulieren. Ziele und Themen der Grundlagenforschung sind wesentlich aus der Initiative der Forscher im Zusammenwirken mit den Selbstverwaltungsinstitutionen der Wissenschaft festzulegen.

Voraussetzung für einen langfristigen Erfolg ist die Initiative und Leistung des einzelnen, die zu ermutigen ist durch eine attraktive Berufspolitik, durch Gewährung von erheblichem Freiraum für den einzelnen Wissenschaftler, und durch langfristig gesicherte finanzielle Ausstattung der Forschungseinrichtungen. Dazu ist eine Tendenz zur Gleichmacherei und Leistungsfeindlichkeit abzubauen; dazu ist die Selbststeuerungskraft der Wissenschaft zu stärken; dazu ist der Wille zu individueller Leistung zu ermutigen.